

Fietkau, Hans-Joachim

Book Part — Digitized Version

Umweltplanung als kommunikative Herausforderung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fietkau, Hans-Joachim (1987) : Umweltplanung als kommunikative Herausforderung, In: Franz Walk (Ed.): Chancen für Mensch und Natur: Dorf-Landschaft-Umwelt; Planung im ländlichen Raum; Dorf-Forum Berlin '87, Deutsche Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum, Berlin, pp. 132-136

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123064>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Hans-Joachim Fietkau

Komplexität und Unsicherheit in der Umweltplanung

Wer im politischen Raum etwas auf sich hält, fundiert seine Behauptungen und Forderungen wissenschaftlich. Ohne eine solche Absicherung findet kaum noch jemand Gehör. Nur ein Naivling kann es wagen, auf sie zu verzichten, würde er sich doch sonst dem Vorwurf aussetzen, lediglich ideologisch zu argumentieren, den Stand unseres Wissens nicht zur Kenntnis zu nehmen oder ohne sachliche Begründung allein eigene Interessen zu verfolgen.

Zumindest im Bereich der Umweltpolitik ist es aber sehr deutlich geworden, daß der Rekurs auf die Wissenschaft nun keineswegs dazu führt, eine Angleichung der Urteile über den Zustand der Umwelt, über mögliche Folgen von Maßnahmen oder über die Grenzen der Belastbarkeit unserer Gesundheit oder unseres Ökosystems zu erreichen.

Umweltpolitisches Entscheiden scheint ein Paradebeispiel für eine Handlungssituation zu sein, in der die Akteure unter einer kaum durchschaubaren Komplexität des Realitätsfeldes und unter Unsicherheiten über die Handlungseffekte entscheiden müssen.

Gleichgültig, ob man für oder gegen die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen eintritt, ob man eine Verschärfung von Emissionsgrenzwerten von Kraftwerken fordert oder die bestehenden Regelungen für ausreichend hält, ob man die Risiken der Kernenergie als tragbar oder als unzumutbar erachtet - für jede Position gibt es wissenschaftliche Experten, die zur Stützung des eigenen Standpunkts zitiert werden können.

So kommt es z. B. im Bereich der Luftreinhaltepolitik in unterschiedlichen Ländern zu höchst unterschiedlichen Emissionsgrenzwerten, obgleich die Annahme plausibel erscheint, daß Menschen unterschiedlicher Nationalität nicht auch auf unterschiedliche Weise auf Luftverunreinigungen mit gesundheitlichen Folgen reagieren.

Ein Blick in die jüngere Geschichte der Umweltpolitik zeigt, daß Planungshoffnungen zu späteren Zeitpunkten häufig als Planungsfehler angesehen wurden.

Die "stadtebaulichen Sünden" der 50er und 60er Jahre, die euphorischen Erwartungen, die am Beginn der Entwicklung in die Kernkraft gesetzt wurden, die Bevorzugung des Individualverkehrs, die Hoffnungen in die Industrialisierung unter Vernachlässigung der Entsorgung der (toxischen) Industrieabfälle etc. sind sicher kein Beleg für eine Skrupellosigkeit gegenüber Umweltproblemen, sie sind vielmehr Zeuge der Schwierigkeit, Handlungsfolgen abzuschätzen und Bewertungen künftiger Generationen vorherzusehen.

Die Vielzahl praktischer Beispiele dieser Art, aber auch wissenschaftstheoretische Betrachtungen lassen es als eine Illusion erscheinen, (umwelt)politisches Handeln (restfrei) aus naturwissenschaftlichen Befunden begründen zu können.

Die sichtbaren Begrenztheiten wissenschaftlicher Problemanalyse- und Prognosefähigkeiten - die sich in einigen Jahren sicher auch gegenüber unseren heutigen wissenschaftlichen Be-

trachtungsweisen formulieren lassen - rücken die psychischen und sozialen Mechanismen politischer Urteilsfindung in den Vordergrund.

Die Beurteilung der Umweltsituation und die Ausformulierung von Handlungsstrategien unterliegt einem individuellen und kollektiven Wahrnehmungsprozeß mit einer Vielzahl zufälliger oder systematischer Urteilstendenzen. Die Auseinandersetzung über Handlungsoptionen erfolgt darüberhinaus unter dem Einfluß eigener (gruppenbezogener) Interessenlagen und schließt wechselseitige Vorurteile über (andere) gesellschaftliche Gruppen, die in dem jeweiligen Problemfeld aktiv sind, mit ein.

Bei der Festlegung von Schadstoffgrenzwerten, bei der Akzeptanz oder Zurückweisung technikbedingter Risiken, in umweltbezogenen Planungsentscheidungen spielt der Faktor Mensch eine häufig unterschätzte Rolle.

Wir nehmen unsere natürliche Umwelt subjektiv wahr, registrieren Veränderungen, entwickeln Ängste, suchen nach Ursachen, befürchten Trends, machen Schuldzuweisungen, stellen politische Forderungen auf, versuchen uns individuell mit Gefährdungen zu arrangieren, suchen nach anderen Lebensformen usf..

Die Formen der Verarbeitung der Umweltproblematik sind Ausdruck sich verändernder Wertstrukturen in unserer Gesellschaft. Zum Verständnis ökologisch orientierter Wertvorstellungen ist es hilfreich, sich Ursachen des sich in Industrienationen vollziehenden Wertwandels zu vergegenwärtigen.

Wertwandel

In den letzten Jahrzehnten hat sich in allen westlichen Industrienationen eine Wandlung und Diversifikation von Werthaltungen entwickelt. Es ist zu Brüchen in den Wertorientierungen zwischen den Generationen und zwischen gesellschaftlichen Teilbereichen gekommen.

Inglehart (1977) beschreibt diesen Wertwandel als einen Übergang von einer eher "materialistischen" zu einer eher "postmaterialistischen" Grundorientierung in westlichen Industrienationen. Hierbei greift er auf motivationspsychologische Theorien der (humanistischen) Psychologie zurück, wobei er insbesondere die Bedürfnishierarchie von Maslow als Erklärungshintergrund heranzieht.

Nach Absättigung materieller Grundbedürfnisse sei der Mensch hiernach frei zur Entwicklung von Bedürfnissen, Zielen und Werten, die seiner Selbstentfaltung dienen. Dieses Bedürfnis nach Selbstentfaltung zeige sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen (z. B. auch im Wunsch nach mehr politischer Mitwirkung über Bürgerinitiativen).

Die "Neuen Werte" bezeichnet Inglehart als postmaterielle Wertvorstellungen. Diese finden sich insb. bei jüngeren, besser ausgebildeten Personen und eher bei denen, die Verwaltungstätigkeiten ausführen oder soziale Dienstleistungsaufgaben wahrnehmen.

Erfahrungsverluste

Die Sicherstellung materieller Bedürfnisse für breite Bevölkerungskreise greift aber als Erklärung für die Entstehung neuer Werte zu kurz. Als weitere Ursache läßt sich eine schwindende

Kontrolle des Menschen über sein Handlungsfeld heranziehen (Erfahrungsverluste).

Drei Aspekte lassen sich hierbei unterscheiden:

- **Expotentielle Wissenszunahme:** Das dem Menschen potentiell verfügbare Wissen ist in einem Ausmaß gewachsen, daß der einzelne über einen immer kleineren Teil am Gesamt dieses Wissens verfügt.
- **Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme:** Lebensbereiche differenzieren sich und entfernen sich voneinander. Eine solche Differenzierung von Lebensbereichen erfolgt sowohl im beruflichen Alltag als auch im Zusammenleben der Generationen.
- **Beschleunigter sozialer und technischer Wandel:** Gelerntes Wissen veraltet in immer kürzeren Zeitabständen.

Dies führt zu Orientierungsschwierigkeiten. Der einzelne weiß immer weniger relativ zur Gesamtheit des zur Verfügung stehenden Wissens. Es wird zunehmend problematisch, die Erfahrungen der älteren Generation unreflektiert an die jüngere weiterzugeben, weil wir nicht wissen können, welches Wissen denn künftig noch handlungsrelevant sein wird. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen werden schwieriger, es wachsen Mißverständnisse und Vorurteile.

Die Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels, die Aufsplitterung unserer sozialen Realität und die wachsende Unüberschaubarkeit unseres Wissens hat psychische und soziale Folgen: Die Zukunft wird immer offener, d. h. schwieriger prognostizierbar, tradierte Verhaltensgewohnheiten verlieren immer schneller ihre Legitimation, jeder von uns hat einen immer kleiner werdenden Anteil am Gesamt der gesellschaftlichen Erfahrungsmöglichkeiten.

Parallel zu diesen Erfahrungsverlusten werden die Folgen und Nebenfolgen unseres politischen, technischen und wirtschaftlichen Handelns immer undurchschaubarer. Wir greifen in komplexe Systeme ein, ohne die Konsequenzen unseres Handelns auch nur annähernd überblicken zu können.

Die moderne Denkpsychologie zeigt sehr deutlich, daß wir unsere Fähigkeit, mit komplexen Systemen umzugehen, überschätzen.

Auch politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger unterliegen diesen Erfahrungsverlusten und manche von ihnen artikulieren die daraus resultierende Hilflosigkeit bereits offen. Mit der wachsenden Begrenzung unserer Erfahrungsmöglichkeiten aber werden politische Fehlentscheidungen wahrscheinlicher.

Diese Prognoseunsicherheiten waren historisch solange wenig bedeutsam, wie Handlungsfolgen relativ kleinmaßstabig auftraten und der gesellschaftliche Wandel und der Wandel von Wertvorstellungen sich langsamer vollzog, als dies heute der Fall zu sein scheint.

Die Beschleunigung der Veränderung unserer Lebensumwelt und die damit verbundene Beschleunigung in der Veränderung unserer Lebensvorstellungen machen es schwieriger, angemessen solche technischen und gesellschaftlichen Veränderungen einzuleiten, die auch noch vor den Maßstäben künftiger Generationen Bestand haben sollen. Andererseits aber erfordern gerade Großtechnologien (Energieversorgungssysteme, Gestaltung von Transportsystemen etc.) Planungsabläufe, die über die Prognosekompetenz derer, die planen, hinauszugehen scheinen.

Umweltbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen

Umweltschutz ist zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Anliegen geworden. Es gibt kaum noch jemanden, der Umweltprobleme als nicht dringlich ansehen würde, der nicht schnelle und wirksame Maßnahmen fordern würde, der nicht bereit wäre, für eine bessere natürliche Umwelt auch persönliche Opfer zu bringen. Dies belegt die Umfrageforschung seit mehr als zehn Jahren sehr eindrucksvoll, dies bestätigt sich auch in unterschiedlichen Kommunikationserfahrungen im Alltag.

In den Bereichen, in denen der Bevölkerung die Problematik deutlich geworden ist und in denen geeignete umweltgerechte Handlungsalternativen bereit gestellt wurden, wie es etwa im Bereich Abfall-Recycling der Fall war, haben sich in wenigen Jahren deutliche Veränderungen in den Verhaltensgewohnheiten ergeben. Ähnlich positive Entwicklungen haben sich bei der Einsparung von Heizenergie privater Haushalte ergeben. Es ist zu erwarten, daß der Anteil von Katalysatorfahrzeugen in den nächsten Jahren wesentlich steigen wird. Es besteht offensichtlich auch eine große Bereitschaft zum umweltgerechten Handeln im Bereich der Haushaltschemie, z. B. Kauf und Nutzung umweltgerechter Waschmittel.

Wir können davon ausgehen, daß sehr viele Menschen umweltgerechten Handlungen den Vorzug geben, wenn

- entsprechende Anreizsysteme gegeben sind,
- die umweltgerechten Handlungsoptionen für den Handelnden in ihrer umweltbezogenen Wirksamkeit deutlich erkannt werden können
- und sich die Handlungen in den Wertekontext der Person und das Gesamt ihrer Handlungsgeohnheiten einordnen lassen.

Wenn der einzelne in seinem privaten Lebensumfeld noch (immer) nicht in hinreichendem Maße Umwelterfordernissen Rechnung trägt, dann müssen die Bereiche im einzelnen genau analysiert werden und es bedarf einer Einschätzung darüber, ob z. B. durch Industrie oder Politik in hinreichendem Maße Rahmenbedingungen für die erwünschten Verhaltensweisen geschaffen wurden.

Die Lösung der Umweltprobleme wird sicher entscheidend mit vom Verhalten breiter Bevölkerungsgruppen abhängen. Aber es ist wenig erfolgversprechend, Verhaltensänderungen und gelegentlich - zumindest aus der Sicht der Betroffenen - auch Einschränkungen zu erwarten, ohne zugleich deutlich werden zu lassen, daß ein entsprechender Veränderungsprozeß in den Handlungs- und Entscheidungsgewohnheiten in Politik und Wirtschaft stattfindet.

Allen hier angesprochenen derzeit beobachtbaren Verhaltensänderungen ist gemeinsam, daß sie ohne weitreichendere Veränderungen im "allgemeinen Lebensstil" vollziehbar sind. Sie fügen sich in den Kontext tradierter Lebensgewohnheiten ein. Es ist jedoch fraglich, ob im Rahmen von Bemühungen einer breit angelegten Ökologisierung gesellschaftlicher Realität derartige punktuelle Verhaltensmodifikationen ausreichen.

Es wird längerfristig wahrscheinlich eine tiefergehende Revision unserer Lebensgewohnheiten erforderlich. Derartige Veränderungsprozesse sind allerdings schwieriger zu entwerfen und lassen sich wahrscheinlich nur im Wechsel der Generationen implementieren. Solche Veränderungsprozesse werden Ängste und Widerstände auslösen: Angst vor Restriktion der eigenen Entfaltungsmöglichkeit, Angst vor Systemverän-

derung usf..

Trotz offenkundiger Änderungen unserer Verhaltensgewohnheiten ist die Auffassung weit verbreitet, der jeweils andere - mein Nachbar, die Industrie, eine bestimmte politische Partei oder auch die Bürgerinitiativbewegung - sei entweder nicht hinreichend über Umweltfragen informiert oder lasse es an dem gebotenen gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein fehlen. Wie es zu solchen Urteilen kommen kann, will ich an einem einfachen Alltagsbeispiel verdeutlichen, das stukturanalog auch auf weiterreichende gesellschaftliche Handlungs- und Urteilsformen generalisiert werden kann:

Ich fahre fast jeden Tag von zu Hause zu meinem Arbeitsplatz mit dem eigenen Pkw, obgleich ich mit geringfügig höherem Zeitaufwand auch öffentliche Nahverkehrsmittel benutzen könnte. Für einen außenstehenden Beobachter wird dieses Verhalten Ausdruck eines Mangels an Umweltbewußtsein sein (der bei mir umso schwerer wiegt, weil ich mich doch beruflich mit solchen Fragen beschäftige). Für mich aber selbst gibt es eine Vielzahl situativer Gründe, die mich "zwingen", dem eigenen umweltbelastenden Pkw den Vorzug zu geben. Mein Verhalten führt bei mir nicht dazu, mein eigenes Umweltbewußtsein in Frage zu stellen.

Solche Unterschiede in der Bewertung sind als systematische Tendenzen durch psychologische Forschung belegt: Das geiche Verhalten wird von einem Außenstehenden eher motivational gedeutet, während der Handelnde selbst die Ursachen für sein Handeln weniger in Besonderheiten seiner Person als vielmehr in den Bedingungen der Situation sucht.

Diese Urteilstendenz verleitet uns zu dem Fehlschluß, dem jeweils anderen, der anderen gesellschaftlichen Gruppe ein Defizit an moralischer Kompetenz zuzuschreiben und bei sich selbst, bei der eigenen Bezugsgruppe das gesellschaftliche Verantwortungsbewußtsein zu lokalisieren, das es den anderen zu vermitteln gilt: sei es durch Überzeugungsarbeit, sei es durch Maßnahmen und Regelungen, die den anderen zu dem erwünschten Verhalten zwingen.

Unsere unterschiedlichen Vorstellungen über adäquate Problemlösungen im Umweltbereich basieren offensichtlich auf unterschiedlichen alltäglichen Lebenserfahrungen. Zwei Grundsätze können unterschieden werden: Die einen meinen, wir brauchten eine Verstärkung der naturwissenschaftlichen Forschung, eine beschleunigte technische Umsetzung und ein hinreichendes ökonomisches Wachstum, um den technischen Wandel finanzieren zu können. Die anderen halten gerade diesen Prozeß für die Ursache der gegebenen Misere und wollen den Teufel nicht mit Beelzebub austreiben. Sie suchen nach neuen Lebensformen, gesellschaftlichen Strukturveränderungen und geeigneten politischen Entscheidungswegen.

Es ist empirisch belegbar, daß die Entscheidung für den einen oder den anderen Weg vom sozialen Standort des Urteilenden bestimmt wird. Menschen, die im Dienstleistungsbereich tätig sind, bevorzugen den Weg des gesellschaftlichen Wandels, Menschen im Produktionsbereich den der technischen Weiterentwicklung.

Wir haben offensichtlich eine Tendenz, auftretenden Problemen gleichsam reflexartig mit Mitteln zu begegnen, die uns vertraut sind und fremde Lösungsansätze nicht zu beachten oder zurückzuweisen.

Auf diesem Hintergrund wird es verständlich, daß sich in Umweltschutzbürgerinitiativen dreimal so viele Menschen aus dem Bereich Wissen-

schaft, Erziehung und soziale Dienstleistung engagieren als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht.

Aus einer Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin, die international vergleichend (BRD, England, USA) bei der allgemeinen Bevölkerung, Industriemanagern, Politikern und Umweltschützern durchgeführt wurde, lassen sich Rückschlüsse auf Vorurteile und Kommunikationsbarrieren zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren im Umweltbereich ziehen:

- Industriemanager präferieren technische Lösungsansätze im Umweltschutz. Sie unterscheiden sich hierin von Vertretern der Umweltschutzbewegung, die auf eine Veränderung von Lebensgewohnheiten und gesellschaftlichen Strukturen setzen. Die allgemeine Bevölkerung nimmt hier eine Mittelposition ein, Politiker tendieren ähnlich, aber nicht ganz so extrem wie Industriemanager, zu technischen Lösungsansätzen.
- Alle Befragten sind mit der Umweltpolitik ihrer jeweiligen Regierungen unzufrieden und die Unzufriedenheit scheint eher zu wachsen. Bei Industriemanagern zeigt sich jedoch in allen drei Ländern eine allmähliche Einstellungsveränderung. Ihre Unzufriedenheit mit umweltpolitischen Maßnahmen baut sich langsam ab.
- Jede der befragten Gruppen schreibt sich selbst relativ hohe Handlungskompetenz zu. Deutsche Industriemanager sind noch stärker als ihre amerikanischen und englischen Kollegen von ihren eigenen Möglichkeiten überzeugt.
- Das Vertrauen, das der Industrie hinsichtlich ihrer umweltbezogenen Aktivitäten von anderen gesellschaftlichen Gruppen entgegengebracht wird, ist im Schnitt relativ gering. Die größte Skepsis gegenüber der Industrie ergibt sich erwartungsgemäß bei den Umweltschützern. Das Vertrauen in die Industrie ist aber auch bei der allgemeinen Bevölkerung und bei den Politikern relativ schwach ausgeprägt.
- Industriemanager in der Bundesrepublik Deutschland sehen sich als Antipoden zu den Umweltschützern. Eine vergleichbare Polarisierung ist in den USA und in England nicht gegeben.

Experimentiergesellschaft

Wie kann bei solchen Einstellungsunterschieden eine ökologisierte Industriegesellschaft von wem mit welchen Zielen und welchen Mitteln gefördert werden? Hierauf gibt es sicher sehr viele einzelne und im Einzelfall nach ihrer Zweckmäßigkeit zu bewertende Maßnahmen. Technische, ökonomische, politische, rechtliche und fiskalische Antworten sind denkbar. Alle Maßnahmen, Eingriffe und Entwicklungen in unserer gesellschaftlichen Realität sind auf komplizierte Weise miteinander verbunden und oft in ihren ökologischen Auswirkungen und ihren sozialen Folgen nur schwer abzuschätzen. Diese Unsicherheiten, die sich u. a. in Konflikten unter Wissenschaftlern und in Gegensätzen zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen ausdrücken, führen auch dazu, daß das Mögliche nicht getan, oft nicht einmal erprobt wird.

Wahrscheinlich ist es zumindest auf mittelfristige Sicht wenig aussichtsreich, das große in sich theoretisch geschlossene und von allgemeiner Erfolgserwartung getragene Ökologierungsprogramm zu entwerfen. Die Ökologisierung

unserer Gesellschaft wird sich und kann sich nur in vielen kleinen Schritten vollziehen, wobei diese unterschiedlichsten Problemauffassungen und Gesellschaftsverständnissen folgen müssen.

Die Entwicklung ökologisch verträglicher Technologien und die ökologisch vertragliche Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung ist unter den o. g. Gesichtspunkten dann leichter erfahrungsbildend mitzuvollziehen, wenn es gelingt, mit ihr gewissermaßen experimentierend, erprobend und lernend umzugehen. Es scheint immer weniger legitimierbar, eigene Standorte als allgemeingültig zu betrachten.

Ziel einer "Experimentiergesellschaft" (Fietkau 1984) ist die Förderung von Lernprozessen und die Initiierung eines gesellschaftlichen Klimas und sozialer Mechanismen, die die Entstehung und Erprobung neuer Problemlösungsstrategien begünstigen.

Die Beschleunigung unserer individuellen und kollektiven Lernfähigkeit könnte eine Antwort sein auf die Beschleunigung des technischen und sozialen Wandels, mit dem wir leben. Andererseits aber darf der gesellschaftliche Wandel nicht als ein autochtoner Veränderungsprozeß verstanden werden, an den es sich lediglich mehr oder weniger gut anzupassen gilt. Mit der Hoffnung auf die Lernfähigkeit von Individuen und Gesellschaften verbindet sich auch die Erwartung eines bewußten Umgangs mit und einer verantwortlichen Gestaltung von technischen und sozialgesellschaftlichen Entwicklungen.

Lernen setzt Erfahrungen machen voraus, wobei wir sowohl aus positiven wie auch aus negativen Konsequenzen unseres individuellen und kollektiven Handelns lernen können und müssen. Da wir die Konsequenzen unseres Handelns in solchen komplexen Systemen nur schwer bestimmen können, sind wir offensichtlich gezwungen, uns vorsichtig tastend und d. h. erprobend in unsere Zukunft hineinzubewegen.

Experimentierendes gesellschaftliches Lernen erfordert

- Förderung von Kreativität,
- die kleinräumige Implementation von Maßnahmen, Ordnungsstrukturen und Technologien, die schnelle Rückkoppelung von Handlungsfolgen,
- eine den Veränderungsprozeß begleitende Maßnahmenevaluation
- und die Reversibilität der Maßnahmen.

Diese Prinzipien lassen sich zwar leicht aufstellen, aber nur schwer verwirklichen. Einige Hindernisse: Es gibt Technologien, die kaum oder gar nicht kleinräumig implementiert werden können, Politiker und Wissenschaftler neigen gelegentlich wenig dazu, ihre Fehler einzugestehen und ihre Entscheidungen und Maßnahmen zu revidieren. Planer haben ein verständliches Interesse an Planungssicherheit und können nur schwer mit evolutionären Prozessen umgehen.

Personenorientierte Politikberatung

Sowohl zum Abbau von Vorurteilen als auch als Instrument zur Förderung von Kreativität in Umweltplanungen bei den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren scheinen (organisierte) Kommunikationsprozesse sinnvoll, die ich als

personenorientierte Politikberatung bezeichnen möchte.

Für sie lassen sich folgende Ziele formulieren:

- Politische Entscheidungen werden als Urteils- und Handlungsgewohnheiten von Menschen aufgefaßt. Es muß versucht werden, diese in einem Selbstreflexionsprozeß besser zu verstehen.
- Problemeinschätzungen und -lösungswege sollen als "immer vorläufig" verstanden werden. Sie stellen einen permanenten nicht abschließbaren gesellschaftlichen Prozeß dar.
- Versuche gesellschaftlicher Konsensfindung sollen unter Einbindung von Laien, Experten und gesellschaftlich relevanten Akteuren erfolgen.

Umwelt-Workshops

Personenorientierte Politikberatung kann als personeller Interaktionsprozeß zwischen Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in ein- bis dreitägigen Workshops organisiert werden.

Ein Beispiel für solch ein Dialoginstrument ist der gruppenspezifisch organisierte Umwelt-Workshop. Das Ziel solcher Veranstaltungen liegt nicht in Konflikte verdeckender Harmonisierung. Es geht um Standortpräzisierung und das Ermöglichen eines offenen Erfahrungsaustausches. Dazu sind folgende Leitsätze notwendig:

- Es muß versucht werden, den Erfahrungshintergrund des einzelnen oder einer Gruppe durch ein Kennenlernen der Erfahrungen anderer zu erweitern. Es gilt, die Standortgebundenheit des eigenen Urteilens zu erkennen.
- Die Problemeinschätzungen und Lösungsvorschläge des anderen müssen im Verhältnis zu den eigenen als gleichermaßen legitime Betrachtungsweisen anerkannt werden.
- Kein Teilnehmer darf von seiner Gruppe auf Standpunkte festgelegt werden, und keinem dürfen nach Abschluß des Workshops Konsequenzen für abweichendes Verhalten drohen.

Natürlich können durch eine Verbesserung der Kommunikationsbedingungen allein strukturell bedingte Interessengegensätze nicht beseitigt werden. Es kann aber ein Beitrag dazu geleistet werden, daß sie klarer faßbar werden, indem sie aus einem Nebel von Mißverständnissen, Vorurteilen und Mißtrauen herausgearbeitet werden. Damit wird eine deutlichere, vielleicht schärfere, auf jeden Fall aber sachlichere Auseinandersetzung möglich.

Mit der Durchführung solcher Gruppen liegen erste Erfahrungen vor (vgl. Dienel & Grabe 1985, Fietkau u. a. 1986,).

In den Anwendungsbereichen scheint es notwendig, sich auf regional oder thematisch enge Felder zu begrenzen: Straßenplanung einer Kommune, Alternativen in der Energiepolitik einer Stadt, Festlegung von Emissions- und Immissionsstandards bei Luftschadstoffen, Regulierungen im Umgang mit Haushaltschemikalien, Umgang mit Waldsterben usw..

Literatur

Dienel, P. & Grabe, D. (Hrsg): Zukünftige Energiepolitik. Ein Bürgergutachten. München: High Tech Verlag 1985

Fietkau, H. J.: Bedingungen ökologischen Handelns, Weinheim: Beltz 1984

Fietkau, H. J., Matschuck, H., Moser, H. & Schulz, W.: Waldsterben. Urteilsgewohnheiten und Kommunikationsprozesse. Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, IIUG rep 6 - 86, Berlin 1986

Inglehart, R.: The Silent Revolution. Princeton: Princeton University Press 1977